

KLIENTEN-INFO

EIN SERVICE FÜR KLIENTEN UND INTERESSENTEN



FRIST FÜR VORSTEUERRÜCKERSTATTUNG AUS EU-MITGLIEDSTAATEN FÜR DAS JAHR 2018

Am **30. September 2019** endet die Frist für österreichische Unternehmer, die **Vorsteuern** des Jahres **2018** in den **EU-Mitgliedstaaten** (somit auch noch in Großbritannien) zurückholen wollen. Die Anträge sind dabei elektronisch über **FinanzOnline** einzureichen.

Die österreichische Finanzverwaltung prüft den Antrag auf Vollständigkeit und Zulässigkeit und leitet diesen an den zuständigen Mitgliedstaat weiter. Eine **Vorlage der Originalbelege** (bzw. Kopien davon) ist im elektronischen Verfahren **nicht vorgesehen**, außer das erstattende Land fordert dies gesondert an. Die einzelnen EU-Mitgliedstaaten können ab einem Rechnungsbetrag von 1.000 € (bei Kraftstoffrechnungen ab 250 €) die Vorlage von Rechnungskopien verlangen.

Die **Bearbeitung** des Antrags ist vom Erstattungsstaat grundsätzlich **innerhalb von vier Monaten** durchzuführen. Bei einer Anforderung von zusätzlichen Informationen verlängert sich dieser Zeitraum auf bis zu acht Monate. Der **Erstattungszeitraum** muss grundsätzlich **mindestens 3 Monate** und maximal ein Kalenderjahr umfassen – weniger als 3 Monate dürfen nur beantragt werden, wenn es sich um den **Rest eines Kalenderjahres** (z.B. November und Dezember) handelt.

Neben dem Erstattungszeitraum sind auch noch davon abhängige **Mindesterstattungsbeträge** zu beachten. Bei einem **Kalenderjahr** gelten **50 €** und bei **3 Monaten 400 €** als **Mindestbeträge**. Wengleich Frist und Antragsmodus für alle EU-Mitgliedstaaten gleich sind, ist

INHALT SEPTEMBER 2019

- » **Frist für Vorsteuerrückerstattung aus EU-Mitgliedstaaten für das Jahr 2018**
- » **Steuertermine für Herabsetzungsanträge und Anspruchsverzinsung**
- » **Elektronische Einreichung des Jahresabschlusses per 30.9.2019**
- » **Vorvertrag ist für die Immobilien-ertragsteuer unbeachtlich**
- » **Regelbedarfsätze für Unterhaltsleistungen für das Kalenderjahr 2020 veröffentlicht**
- » **Vorübergehende Abmeldung des Hauptwohnsitzes – Auswirkungen auf Hauptwohnsitzbefreiung**
- » **Himmelblaue Vignette für 2020 erwartungsgemäß teurer**

FRIST FÜR VORSTEUERRÜCKERSTATTUNG AUS EU-MITGLIEDSTAATEN FÜR DAS JAHR 2018 (Fortsetzung von Seite 1)

zu beachten, dass regelmäßig von Land zu Land unterschiedliche steuerliche Bestimmungen hinsichtlich Art und Ausmaß der Vorsteuerrückerstattung vorliegen können. Beschränkungen betreffen dabei regelmäßig u.a. Verpflegungs- und Bewirtungsaufwendungen, Repräsentationskosten, PKW-Aufwendungen usw. In der Praxis hat sich gezeigt, dass die aus-

ländischen Behörden manchmal beglaubigte Übersetzungen von Rechnungen und Verträgen verlangen und deshalb immer die Höhe der zu erstattenden Summe im Auge behalten werden sollte. Schwierigkeiten können auch vereinzelt bei der rechtzeitigen (elektronischen) Zustellung von Ergänzungsersuchen bzw. Bescheiden auftreten.

STEUERTERMINE FÜR HERABSETZUNGSANTRÄGE UND ANSPRUCHSVERZINSUNG

Wie jedes Jahr gilt es folgende Fristen zum 30. September 2019 bzw. ab 1. Oktober 2019 zu beachten:

Bis spätestens 30. September 2019 können noch Herabsetzungsanträge für die Vorauszahlungen 2019 für Einkommen- und Körperschaftsteuer beim zuständigen Finanzamt gestellt werden. Wesentliche Bestandteile eines Antrags sind die schlüssige Begründung der gewünschten Herabsetzung der Vorauszahlung sowie eine Prognoserechnung, in der das voraussichtliche Einkommen nachgewiesen werden kann. Um eine Nachzahlung im Zuge der Veranlagung 2019 oder Anspruchszinsen zu vermeiden, sollte die Prognoserechnung jedenfalls realistisch gestaltet sein.

Stichwort Anspruchszinsen: mit 1. Oktober 2019 beginnen für die zu diesem Zeitpunkt noch nicht bescheidmäßig veranlagten ESt- oder KSt-Ansprüche des Veranlagungsjahres 2018 Anspruchszinsen zu laufen. Da der Basiszinssatz nach wie vor -0,62 % beträgt, beläuft sich der Anspruchszinssatz auf 1,38 %. Bekanntermaßen ist er mit 2 % über dem Basiszinssatz festgesetzt. Die Anspruchsverzinsung gleicht Zinsvorteile bzw. Zinsnachteile aus, welche durch die spätere Bezahlung der Nachforderung bzw. durch das spätere Wirksamwerden der Gutschrift in Abhängigkeit von dem Zeitpunkt der Steuerfestsetzung entstehen. Der Problematik der Nachforderungszinsen (negative Anspruchsverzinsung) kann regelmäßig dadurch entgangen werden, indem vor dem 1. Oktober (2019) eine Anzahlung an das Finanzamt in Höhe der erwarteten



Nachzahlung geleistet wird. Wurde dies bislang verabsäumt, so tritt trotzdem keine Belastung ein, so lange die Nachforderungszinsen 50 € nicht übersteigen. Im Übrigen können Anspruchszinsen maximal für einen Zeitraum von 48 Monaten festgesetzt werden – Relevanz hat dies z.B. wenn ein mehrjähriges Beschwerdeverfahren verloren geht. Zwecks Vermeidung von Anspruchszinsen ist es unter Umständen ratsam, noch vor Ablauf des vor allem von der erwarteten Nachforderung abhängigen „zinsfreien Zeitraums“ eine entsprechende Zahlung an das Finanzamt zu leisten (Bezeichnung „E 1-12/2018“ bzw. „K 1-12/2018“). Dennoch anfallende Anspruchszinsen sind steuerlich nicht abzugsfähig. Anspruchszinsen können auch Gutschriftszinsen sein, welche nicht steuerpflichtig sind. Schließlich ist noch zu beachten, dass durch (zu) hohe Vorauszahlungen keine Zinsen lukriert werden können, da Guthaben wie Rückstände auf dem Abgabekonto von der Verzinsung ausgenommen sind.

KURZ-INFO

ELEKTRONISCHE EINREICHUNG DES JAHRESABSCHLUSSES PER 30.9.2019

Die verpflichtende Form der elektronischen Einreichung beim Firmenbuchgericht hat für Jahresabschlüsse zum 31.12.2018 per 30.9.2019 zu erfolgen. Davon betroffen sind Kapitalgesellschaften und verdeckte Kapitalgesellschaften (insbesondere GmbH & Co KG), bei denen die Erlöse in den letzten zwölf Monaten vor dem Bilanzstichtag 70.000 € überschritten haben. Bei entsprechenden Umsätzen unter 70.000 € ist auch eine Einreichung in Papierform möglich. Keine Offenlegungspflicht besteht für Einzelunternehmer und „normale“ Personengesellschaften.

Die Einreichung des Jahresabschlusses dürfen nicht nur Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, sondern auch u.a. Bilanzbuchhalter, Selbständige Buchhalter, Rechtsanwälte, Notare sowie vertretungsbefugte Organwalter des Unternehmens vornehmen. Mit der elektronischen Einreichung sind Gebühren verbunden. Bei nicht ordnungsgemäßer und somit auch bei verspäteter Einreichung drohen Zwangsstrafen.

Die Strafen bei verspäteter Einreichung betreffen die Gesellschaft und den Geschäftsführer/Vorstand selbst. Beginnend bei 700 € für jeden Geschäftsführer/Vorstand kommt es bei kleinen Kapitalgesellschaften alle zwei Monate wieder zu einer Strafe von 700 €, wenn der Jahresabschluss weiterhin nicht eingereicht wird. Organe von mittelgroßen Kapitalgesellschaften müssen 2.100 € zahlen und Organe von großen Kapitalgesellschaften sogar 4.200 €.

VORVERTRAG IST FÜR DIE IMMOBILIENERTRAGSTEUER UNBEACHTLICH

Seit **1.4.2012** unterliegen sämtliche **Gewinne** aus der **Veräußerung von Grundstücken** grundsätzlich der **Immobilienvertragssteuer**, sofern nicht ein Befreiungstatbestand gegeben ist. Insbesondere der **Hauptwohnsitzbefreiung** bzw. der **Herstellerbefreiung** kommen in diesem Zusammenhang erhebliche Bedeutung zu. Die gesetzlichen Bestimmungen zur Immobilienvertragssteuer sind mit 1.4.2012 in Kraft getreten, wobei **Grundstücksverkäufe**, welche **nach diesem Stichtag** abgeschlossen werden, der Steuer unterworfen werden. Bei **Neugrundstücken**, welche **nach dem 31. März 2002** angeschafft wurden, kommt beim Verkauf ein **Steuersatz von 30%** auf den **Veräußerungsgewinn** zu tragen. Bei sogenannten Altgrundstücken (Ankauf vor dem 31. März 2002) wird die Bemessungsgrundlage für die Immobilienvertragssteuer pauschal mit **14% des Veräußerungserlöses** angenommen. Durch den besonderen Steuersatz von 30% ergibt sich hier eine **Steuerbelastung von 4,2%** vom **Veräußerungserlös**.

Vor den **VwGH** (GZ Ra 2017/15/0098 vom 3.4.2019) kam nun ein Fall, in dem ein **Vorvertrag** über den **Verkauf eines Grundstücks** vor dem **1.4.2012** abgeschlossen worden war. Der tatsächliche Kaufvertrag kam aber erst nach diesem Stichtag zu



Stand. Das **Finanzamt** ging davon aus, dass der tatsächliche **Kaufvertrag** für den Zeitpunkt der Besteuerung **maßgeblich** sei und schrieb Immobilienvertragssteuer vor. Das **BFG** schloss sich dieser Meinung an. Der Steuerpflichtige argumentierte hingegen, dass auch im **alten Regime der Spekulationssteuer** aufgrund der Rechtsprechung (VwGH GZ 87/13/0096 vom 9.11.1988) der **Vorvertrag** für den Zeitpunkt der Besteuerung **maßgeblich** gewesen sei.

Der **VwGH** wick nun in seinem Urteil im Ergebnis **von dieser alten Rechtsprechung ab**. **Maßgeblich** für die **Immobilienvertragssteuer** ist das **tatsächliche Verpflichtungsgeschäft**. Vorverträge sind im Regelfall auf den künftigen Abschluss von Kaufverträgen gerichtet und vermitteln noch keinen klagbaren und durchsetzbaren Anspruch auf Übertragung einer Liegenschaft. **Maßgeblich** für Zwecke der

Immobilienvertragssteuer ist die **Übertragung des wirtschaftlichen Eigentums**. Somit schränkt der VwGH durch sein Urteil ein Abweichen zwischen zivilrechtlichem Eigentum und wirtschaftlichem Eigentum weiter ein. Ein **Auseinanderfallen von zivilrechtlichem und wirtschaftlichem Eigentum** ist **nur** noch dann **anzunehmen**, wenn ein **anderer** als der zivilrechtliche Eigentümer insbesondere die **volle Verfügung- und Nutzungsmöglichkeit** bzw. die Möglichkeit des uneingeschränkten Lukrierens von Wertsteigerungen hat und auch die **Vermögensminderungen** beim **Absinken des Wertes** tragen muss. Da diese **Kriterien** bei der Konstruktion eines **Vorvertrags nicht erfüllt** sind, kann die mit dem wirtschaftlichen Eigentum argumentierende alte Rechtsprechung des VwGH zu Vorverträgen nicht mehr ins Treffen geführt werden.

Die **private Grundstücksveräußerung** nach § 30 EStG wird also **nicht durch einen Vorvertrag**, sondern durch das **tatsächliche Verpflichtungsgeschäft** auf Übertragung eines Grundstückseigentums, in der Regel den **Kaufvertrag, getätigt**. Damit besteht ein **Gleichklang mit der Grunderwerbsteuer**, bei der ebenfalls auf den Kaufvertrag und nicht auf den Vorvertrag abgestellt wird.

REGELBEDARFSÄTZE FÜR UNTERHALTSLEISTUNGEN FÜR DAS KALENDERJAHR 2020

VERÖFFENTLICHT

Die Höhe der Unterhaltsleistungen für Kinder als Folge einer Trennung der Eltern basiert regelmäßig auf einem **gerichtlichen Urteil** oder Vergleich bzw. einer behördlichen Festsetzung. In Fällen, in denen eine **behördliche Festsetzung** der Unterhaltsleistungen **nicht** vorliegt, sind die **Regelbedarfsätze anzuwenden**.

Die **monatlichen** Regelbedarfsätze werden jährlich **per 1. Juli** angepasst. Damit für steuerliche Belange (relevant für Unterhaltsabsetzbetrag) unterjährig keine unterschiedlichen Beträge zu berücksichtigen sind, sind die nunmehr gültigen Regelbedarfsätze für das gesamte **Kalenderjahr 2020** heranzuziehen

ALTERSGRUPPE	2020	2019
0 bis 3 Jahre	212,-	208,-
3 bis 6 Jahre	272,-	267,-
6 bis 10 Jahre	350,-	344,-
10 bis 15 Jahre	399,-	392,-
15 bis 19 Jahre	471,-	463,-
19 bis 28 Jahre	590,-	580,-

haltsabsetzbetrages von 29,20 € (1. Kind)/43,80 € (2. Kind)/58,40 € (3. und jedes weitere Kind) gilt in diesem Fall Folgendes: Liegen **weder eine behördlich festgelegte Unterhaltsverpflichtung** noch ein **schriftlicher Vertrag** vor, dann bedarf es der Vorlage einer Bestätigung der empfangsberechtigten Person, aus der das Ausmaß des **vereinbarten Unterhalts** und das Ausmaß des **tatsächlich bezahlten Unterhalts** hervorgehen.

In allen diesen Fällen steht der Unterhaltsabsetzbetrag nur dann für jeden Kalendermonat zu, wenn die **vereinbarte Unterhaltsverpflichtung** in vollem Ausmaß erfüllt wird und die Regelbedarfsätze **nicht unterschritten** werden.

Für die Geltendmachung des **Unter-**

(Beträge in € pro Monat)

VORÜBERGEHENDE ABMELDUNG DES HAUPTWOHNSITZES – AUSWIRKUNGEN AUF HAUPTWOHNSITZBEFREIUNG

Seit Einführung der **Immobilienwertsteuer für private Grundstücksveräußerungen** haben sich rund um die Geltendmachung der **Hauptwohnsitzbefreiung** in der Praxis **zahlreiche Zweifelsfragen** ergeben, die in den letzten Jahren oftmals auch die Höchstgerichte beschäftigt haben. In diese Kette reiht sich auch eine Entscheidung des **Verwaltungsgerichtshofs** (GZ Ra 2018/15/0111 vom 27.2.2019) ein, welche sich mit der Anwendbarkeit der **Hauptwohnsitzbefreiung** bei **nur vorübergehender Abmeldung des Hauptwohnsitzes** befasst hat.

Bekanntermaßen ist es für die Anwendbarkeit der **Befreiung von der Immobilienwertsteuer** erforderlich, dass die Immobilie dem Veräußerer ab der Anschaffung oder Herstellung (Fertigstellung) bis zum Verkauf für **mindestens zwei Jahre durchgehend als Hauptwohnsitz gedient** haben muss und mit dem Verkauf der **Hauptwohnsitz aufgegeben** wird. Ebenso kommt es zur **Befreiung**, wenn der Hauptwohnsitz aufgegeben wird und das Immobilienobjekt **innerhalb der letzten zehn Jahre vor der Veräußerung mindestens fünf Jahre durchgehend Hauptwohnsitz war**. Im eingangs angesprochenen Fall

hatte der Eigentümer einer Eigentumswohnung, in der er seinen **Hauptwohnsitz** hatte, diesen im Zuge des **Scheidungsverfahrens für eine kurze Zeit** (etwas mehr als ein Monat) **abgemeldet** und in der Wohnung lediglich einen **Zweitwohnsitz gemeldet**. Seitens der **Finanzverwaltung** wurde daraufhin die **Hauptwohnsitzbefreiung verwehrt**. Im Verfahren argumentierte der Wohnungseigentümer, dass er **eigentlich** seinen **Hauptwohnsitz** in der Wohnung **nie aufgegeben** hat, weil seine Kinder durchgehend in der Wohnung gewohnt haben. Der „**Auszug**“ in die Wohnung seines Vaters sei daher **nur vorübergehend und kurzfristig** erfolgt.

Der **Begriff** des „**Hauptwohnsitzes**“ wird im EStG **nicht näher bestimmt**. Nach Ansicht des VwGH ist es im konkreten Fall daher entscheidend, ob der Verkäufer **weiterhin** in der gegenständlichen Wohnung einen **Wohnsitz** im Sinne des § 26 BAO innehatte und zudem, ob er weiterhin die **engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen** zu dieser Wohnung hatte. Dies selbst vor dem Hintergrund, dass eine tatsächliche Benützung der Wohnung nicht ununterbrochen erfolgt ist. In dem an das **Finanzamt zurück-**



verwiesenen Verfahren wird daher zu **klären** sein, ob der Verkäufer die **engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen zur verkauften Wohnung** (zum gemeldeten Zweitwohnsitz, in welchem seine **Familie gewohnt** hat) **oder** zum **formalen Hauptwohnsitz** bei seinem Vater hatte. Der VwGH hat jedoch klar ausgesprochen, dass der **formalen Meldung des Hauptwohnsitzes allein keine materielle Bedeutung** zukommt. Die **polizeiliche An- und Abmeldung** kann dabei **lediglich als Indiz** dienen.

HIMMELBLAUE VIGNETTE FÜR 2020 ERWARTUNGSGEMÄSS TEURER



Wie erwartet werden die Preise für die **Autobahnvignette 2020** wieder angehoben, diesmal um **2,1%**. Im Einzelnen gelten für den Erwerb der **himmelblauen Vignette** für Kfz bis maximal **3,5 Tonnen Gesamtgewicht** folgende Preise (inkl. USt): (siehe Tabelle)

Die 2020er-Vignette gilt vom 1. Dezember 2019 **bis zum 31. Jänner 2021**.

	EINSPURIGE KFZ	MEHRSPURIGE KFZ
JAHRESVIGNETTE	36,20 (35,50) €	91,10 (89,20) €
2-MONATS-VIGNETTE	13,70 (13,40) €	27,40 (26,80) €
10-TAGES-VIGNETTE	5,40 (5,30) €	9,40 (9,20) €

Die „**digitale Vignette**“, welche an das Kennzeichen gebunden ist, hat sich bewährt und kann wiederum **online** (<http://www.asfinag.at>) oder über die **ASFİNAG-App** „Unterwegs“ erworben werden. Hinsichtlich Gültigkeitsdauer und Preise gibt es keinerlei Unterschiede zur analogen Version. Die **digitale Version** bietet einige **Vorteile** wie orts- und zeitunabhängigen Erwerb der Vignette, keinen zusätzlichen Aufwand bei Scheibenbruch sowie kein aufwändiges Kleben und Kratzen.

Ebenso besteht die Möglichkeit eines **Abos für die digitale Vignette** – dies ermöglicht

bis auf Widerruf die automatische Verlängerung der digitalen Jahresvignette.

Bei allen personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form für beide Geschlechter. Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt und ohne Gewähr.

Impressum:
Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:
Klienten-Info - Klier, Krenn & Partner KG
Redaktion: 1030 Wien, Jacquingasse 51/2.

Richtung: unpolitische, unabhängige Monatschrift, die sich mit dem Wirtschafts- und Steuerrecht beschäftigt und speziell für Klienten von Steuerberatungskanzleien bestimmt ist.

© www.klienten-info.at
© Konzept & Design: DI(FH) Sylvia Fürst